

Protokoll:	Sozial- und Gesundheits- ausschuss des Gemein- rats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	28
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	103/2024
		GZ:	
Sitzungstermin:	15.04.2024		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Dr. Sußmann		
Berichterstattung:	durch die stellvertretende Leiterin der Abteilung "Integrationspolitik" (SI-IP) beim Referat SI		
Protokollführung:	Herr Krasovskij / th		
Betreff:	Projekt Behördenlotsen		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 27.03.2024, GRDRs 103/2024, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der Durchführung des Projekts "Behördenlotsen" mit Fördermitteln des Landes Baden-Württemberg im Rahmen des Programms "Integration vor Ort - Stärkung kommunaler Strukturen" wird zugestimmt. Das Projekt startet am 01.04.2024 und läuft drei Jahre.
2. Die Abteilung Integrationspolitik im Referat Soziales und gesellschaftliche Integration wird ermächtigt, außerhalb des Stellenplans, befristet für den Förderzeitraum (voraussichtlich 01.04.2024 - 30.09.2026) zur Projektkoordination eine/n Beschäftigte/n im Umfang von 50 % einer Vollzeitkraft in der Entgeltgruppe 11 TVöD einzustellen.
Die Finanzierung erfolgt im Wege der Anteilsfinanzierung in Höhe von bis zu 63 % durch Fördermittel, die vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg über das Regierungspräsidium gestellt werden.

3. Die Finanzierung der anfallenden Sachkosten erfolgt im Wege der Anteilsfinanzierung in Höhe von bis zu 63 % durch Fördermittel, die vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg über das Regierungspräsidium gestellt werden.
4. Die Finanzierung der übrigen Personal- und Sachkosten erfolgt aus den in THH 810 Bürgermeisteramt veranschlagten allgemeinen Projektmitteln der Abteilung Integrationspolitik.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

Diese Niederschrift enthält Anonymisierungen nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO).

Zu Beginn führen BMin Dr. Sußmann und die stellvertretende Leiterin der Abteilung "Integrationspolitik" (SI-IP) beim Referat SI die Ratsmitglieder in einem kurzen Bericht analog der Vorlage in das Thema ein. Die Vorsitzende begrüßt die geplante Durchführung des Projekts "Behördenlotsen" und zeigt sich darüber erfreut, dass das Vorhaben zum Großteil durch Fördermittel des Landes Baden-Württemberg finanziert werden könne.

Mit dem auf drei Jahre angelegten Behördenlotsenprojekt solle ein Pool von ehrenamtlichen Behördenlotsen und Behördenlotsinnen aufgebaut werden, die unter anderem Neuzugewanderte und Geflüchtete über die hiesigen Behördenstrukturen aufklären, sie über kommunale Beratungsangebote informieren und beim Besorgen und Ausfüllen der korrekten Formulare unterstützen oder in speziellen Fällen auch zu Behördenterminen begleiten sollen. Dadurch könnten die behördlichen Fragen und Anliegen der Menschen zügig geklärt und deren Integration erleichtert werden sowie die Arbeit der Fachdienste unterstützt und gleichzeitig entlastet werden. Das Angebot stelle jedoch keine Sozial- oder Rechtsberatung dar.

Geplant sei die Gewinnung von 23 mehrsprachigen Ehrenamtlichen für die 23 Stuttgarter Stadtbezirke, zumeist mit eigener Flucht- bzw. Migrationsgeschichte, die in den allgemeinen städtischen Strukturen und den speziellen Strukturen in dem jeweiligen Bezirksrathaus geschult und regelmäßig gecoacht werden sollen.

Die hierfür einzurichtende Ermächtigung eines Projektkoordinators (50 % Stellenumfang), die federführend bei der Abteilung SI-IP angesiedelt werden sollte, werde die ehrenamtlichen Strukturen aufbauen und organisieren und die Akquise und Betreuung der Ehrenamtlichen übernehmen. Die Schulungen der Ehrenamtlichen sollen mit vorhandenem Personal der Fachbehörden erfolgen. Mit dem Pool der Behördenlotsen und Behördenlotsinnen sollen betroffene Menschen künftig eine direkte niederschwellige Hilfe und Unterstützung für ihre behördlichen Anliegen vor Ort im Bezirk erhalten. Die relevanten Fachbereiche würden frühzeitig an der Ausarbeitung des Konzepts beteiligt, wodurch auch die gemeinsame Vernetzung und Zusammenarbeit weiter verbessert werden könne.

Es wird betont, dass das Angebot nicht nur durch Menschen mit Migrationshintergrund, sondern durch alle Menschen mit Unsicherheiten oder Berührungängsten im Umgang mit Behörden wie zum Beispiel älteren oder vor Armut bedrohten oder betroffenen Menschen in Anspruch genommen werden könne.

Das Projekt "Behördenlotsen" werde unmittelbar gestartet, sofern der Vorlage in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 24.04.2024 zugestimmt werde.

Im Verlauf der folgenden Aussprache begrüßt StRin Sklenářová (90/GRÜNE) die Durchführung des Projektes "Behördenlotsen" ausdrücklich. Durch das Angebot könne der Zugang zu Behörden und deren Leistungen für Menschen mit Migrationshintergrund erleichtert sowie bürokratische Hürden abgebaut werden, so die Stadträtin. Sie begrüßt ferner, dass die Ehrenamtlichen durch hauptamtliche Kolleginnen und Kollegen in den Fachbehörden geschult, unterstützt und begleitet würden und so eine Qualität des Angebots gewährleistet werden könne.

StRin Sklenářová plädiert dafür, dass Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Projektarbeit auch mit Blick auf die zunehmende Digitalisierung dazu genutzt werden sollten, um mögliche Handlungsbedarfe und Verbesserungsvorschläge in Behördenabläufen auszumachen, möglicherweise Prozesse und Abläufe zu vereinfachen und bürokratische Hürden abzubauen.

Die Stadträtin bittet darum, dass über die Projektarbeit im Sozial- und Gesundheitsausschuss zu gegebener Zeit berichtet werden solle. Eine Berichtsbitte äußert im Folgenden auch StRin Dr. Hackl (SPD). Eine entsprechende Berichterstattung - voraussichtlich im nächsten Jahr - wird durch BMin Dr. Sußmann zugesagt.

In seiner Wortmeldung begrüßt auch StR Dr. Reiners (CDU) das geplante Projekt und zeigt sich erfreut über die Landesförderung.

Bezugnehmend auf die Vorlage kritisiert der Stadtrat die Verwendung des Gendersternchens im Text und vertritt die Ansicht, dass diese Schreibweise nicht zur besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit beitrage. In diesem Kontext verweist er auf eine sich in Arbeit befindende Verwaltungsvorschrift des Landes Baden-Württemberg zum Thema. Außerdem erinnert er daran, dass OB Dr. Nopper jüngst empfohlen habe, in Verwaltungsvorlagen auf die Verwendung des Gendersternchens zu verzichten.

Nach einer Nachfrage von StR Dr. Reiners erläutert die Mitarbeiterin der Abteilung SI-IP, dass ein früherer Projektbeginn aus personellen Gründen leider nicht möglich gewesen war. Daher habe man das Projekt auch nicht zu den vergangenen Haushaltsplanberatungen 2024/2025 angemeldet, obwohl die Förderzusage des Landes bereits vorgelegen habe.

Im weiteren Verlauf der Aussprache erklärt StRin Dr. Hackl, dass sie das Projekt "Behördenlotsen" grundsätzlich ausdrücklich begrüße, jedoch an mancher Stelle noch gewisse Bedenken habe. Zunächst stelle sie sich die Frage, ob es tatsächlich gelingen werde, die benötigten Ehrenamtlichen zu gewinnen. Diese Sorge teilt auch StRin Höh (FDP). Weiterhin sei fraglich, so StRin Dr. Hackl, ob die geplante Anzahl von einem Behördenlotsen oder einer Behördenlotsin pro Stadtbezirk ausreiche. Die Stadträtin verweist darauf, dass es in Stuttgart zum Beispiel mit Bad Cannstatt oder Vaihingen sehr bevölkerungsreiche Bezirke gebe, wo der Bedarf möglicherweise größer sei.

Zudem macht StRin Dr. Hackl darauf aufmerksam, dass die Ehrenamtlichen gut informiert und geschult werden müssten, um auf die fachlich möglicherweise sehr speziellen und unterschiedlichen Fragen und Anliegen ihrer Klientinnen und Klienten adäquat eingehen zu können. Es bestehe durchaus die Gefahr, dass gut gemeinte Ratschläge und Tipps schnell mal die Grenze zur Sozial- und Rechtsberatung überschreiten könnten.

Die Stadträtin möchte ferner wissen, was an zeitlichem Einsatz pro Ehrenamtlichem ungefähr erwartet werde und verweist darauf, dass der steuerliche Freibetrag für die ehrenamtliche Aufwandsentschädigung leicht überschritten werden könne, wenn sich jemand intensiv engagiere.

In Anbetracht ihrer Ausführungen regt StRin Dr. Hackl an, darüber nachzudenken, ob es nicht Sinne mache, hauptamtliche Behördenlotsen und Behördenlotsinnen zu beschäftigen.

Den kritischen Nachfragen von StRin Dr. Hackl schließt sich auch StRin von Stein (FW) an. Sie verweist ebenfalls auf die unterschiedlichen Bevölkerungszahlen der Stuttgarter Stadtbezirke und vermutlich damit einhergehende höhere Bedarfe sowie darauf, dass manche Bezirksrathäuser oder Bürgerbüros (derzeit) nicht durchgängig geöffnet hätten. Möglicherweise, so die Stadträtin, mache es Sinn, das Angebot verstärkt an Standorten mit durchgängigen Öffnungszeiten anzubieten.

Nach einer Nachfrage der Stadträtin teilt die Verwaltungsmitarbeiterin mit, dass eine Evaluation des Projektes "Behördenlotsen" geplant sei.

Im weiteren Verlauf der Aussprache wird das angedachte Projekt durch die StRinnen Müller-Enßlin (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) und Hübsch (PULS) befürwortet. StRin Müller-Enßlin betont, dass das Projekt breit beworben und bekanntgemacht werden müsse, um die Zielgruppe tatsächlich zu erreichen.

Auf die verschiedenen Wortmeldungen der Ratsmitglieder eingehend versichert die Verwaltungsmitarbeiterin, dass mittels eines Flyers in den sozialen Medien sowie über Migrantenvereine und -verbände auf das Projekt aufmerksam gemacht werden solle. Man sei ferner zuversichtlich, dass es gelingen werde, die notwendige Anzahl an Ehrenamtlichen zu gewinnen, da es bereits jetzt viele interessierte Personen gebe. Zum Projektstart habe man sich bewusst für einen Behördenlotsen oder eine Behördenlotsin pro Stadtbezirk entschieden. Geschult werden sollen jedoch 40 Ehrenamtliche, um einen personellen Puffer zu haben.

Die Verwaltungsmitarbeiterin betont anschließend erneut, dass im Rahmen des nun geplanten Pilotprojektes die federführende Stelle eng mit den Fachämtern und Fachdiensten zusammenarbeiten werde. Gemeinsam werde man sich entsprechend den ersten Erfahrungen aus der Projektarbeit auch bezüglich der konkreten Bedarfe, Themen und Fragestellungen in den verschiedenen Stadtbezirken abstimmen, um darauf gegebenenfalls konzeptionell zu reagieren, indem zum Beispiel mehr oder weniger Ehrenamtliche an bestimmten Standorten und zu bestimmten Zeiten vorgehalten würden. Über die zentrale federführende Stelle sowie vor Ort in den Behörden und Fachdiensten wolle man zudem für eine gute Sichtbarkeit und Erreichbarkeit der Behördenlotsen und Behördenlotsinnen sorgen.

Abschließend werden weitere wenige Verständnisfragen der Ratsmitglieder zur Vorlage durch die Verwaltung beantwortet.

Danach stellt BMin Dr. Sußmann fest:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt dem Beschlussantrag einmütig zu.

Zur Beurkundung

Krasovskij / th

Verteiler:

- I. Referat SI
zur Weiterbehandlung
SI-IP
weg. VA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. *Referat AKR*
Haupt- und Personalamt
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 4. Amt für Revision
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. FDP-Fraktion
 7. Fraktion FW
 8. AfD-Fraktion
 9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand